

18.12.2014 Rede im Plenum zum Thema:

„Versorgung mit leistungsstarkem Breitband voranbringen“

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über Down- und Upload bei Internetanschlüssen sprechen, reden wir über 16, über 30 und über 50 oder mehr MBit pro Sekunde.

Das sind riesige Datenmengen, die sowohl im privaten als auch im wirtschaftlichen Bereich gesendet und empfangen werden, und dies in immer kürzerer Zeit. Ein schneller Breitbandanschluss ist mittlerweile ein entscheidender Standortfaktor für die Attraktivität einer Region oder eines Landes.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung geht weiter. Die Experten sagen uns weiter einen massiv zunehmenden Datentransfer voraus. Noch vor wenigen Jahren hatten viele nicht mit einer solchen Datenexplosion gerechnet.

Als Angela Merkel eine Bandbreite von 50 MBit forderte, wurde sie von vielen belächelt, auch von der damaligen rheinland-pfälzischen absoluten Mehrheit.

Die Digitalwirtschaft steuert auf dieses schnelle Internet zu. Der Bund und andere Bundesländer nehmen, nachdem die Grundversorgung geschultert ist, die neuen Herausforderungen in den Blick.

Was macht Rheinland-Pfalz? – vor allem Versprechungen. Während andere Bundesländer in ihren Haushalten Millionen einstellen, schmückt sich das Land mit fremden Federn, mit Bundes- und EU-Geldern.

Man verspricht, alle Rheinland-Pfälzer bis Ende 2011 an das schnelle Internet anzuschließen, gemeint ist dabei die Grundversorgung mit 2 MBit. Das gleiche verspricht man dann für Ende 2012, danach für Ende 2013. Nun haben wir Ende 2014, und dieser Termin wird auch nicht zu halten sein.

Die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht, da spricht sie wieder von neuen Zielen, verspricht neue Bandbreiten.

Nicht nur 50 MBit, sondern man geht noch weiter, man verspricht 300 MBit, also nach oben keine Grenzen, man hat keine entsprechenden Projizierungen.

Weil andere Länder längst handeln und die Bundesregierung das Thema besetzt, verspricht man jetzt flugs auch für Rheinland-Pfalz flächendeckend 50 MBit bis 2018. Dieses Datum hat nun einen entscheidenden Vorteil: Vor der Landtagswahl muss man sich nicht mehr rechtfertigen, hat man keinen Vollzug mehr zu melden.

Als noch vor einem Jahr die CDU ein Konzept für die Versorgung mit schnellem Internet gefordert hat, wurde dies von der Koalition zurückgewiesen.

Dabei empfinde ich es als durchaus positiv – dies möchte ich auch an dieser Stelle eingestehen –, dass nun auch bei Ihnen die Erkenntnis gewachsen ist, dass es neuer Wege bedarf, den Rückstand, den unser Land nun einmal offensichtlich beim Breitbandausbau hat, aufzuarbeiten.

Ob nun alle formulierten Ziele mit dem Konzept und mit dem, was Sie in Ihrem Antrag fordern, erreicht werden können, ist zumindest zu hinterfragen. – Sind die in Rede stehenden Mittel ausreichend, die Ziele zu erreichen, oder welche Finanzmittel sind erforderlich? – Andere Bundesländer haben hierfür vergleichbar höhere Beträge veranschlagt, Bayern gar 1,5 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, wurde und wird wirklich alles getan, die Mittel effektiv und wirtschaftlich einzusetzen? – Schauen wir uns einmal an, was geschehen ist. Bei der Glasfasererschließung machen Erdarbeiten den größten Kostenfaktor aus. Die Breitbandanbieter können kostengünstig anbieten, wenn nutzbare Leerrohrtrassen vorhanden und bekannt sind. Mit dem Konjunkturprogramm II wurden 6 Millionen Euro Bundesmittel für das Land für Leerrohre bewilligt, aber das Land kann heute nicht mehr sagen, welche Leerrohre genutzt sind bzw. welche noch genutzt werden können. Bei Baumaßnahmen an Landesstraßen wurden durch das Land bisher gerade einmal 10,2 Kilometer Leerrohre im außerörtlichen Bereich verlegt. Meine Damen und Herren, diese Versäumnisse der Vergangenheit erschweren unnötigerweise die Gestaltung der Zukunft.

Die Forderungen des Antrags werfen mehr Fragen auf, als sie tatsächlich für Klarheit sorgen. Deswegen begrüßen wir, dass dieser Antrag auch im Ausschuss diskutiert werden soll. So fordern Sie im ersten Punkt einen Technologie- und Maßnahmenmix, um sich im zweiten Punkt für die Glasfasertechnologie auszusprechen. Im jüngsten Medienausschuss hat bereits die Staatssekretärin aus dem Innenministerium, die für den Breitbandausbau zuständig ist, erklärt, dass die aus der Staatskanzlei gewechselte neue Chefin der Landesvertretung in Berlin, die den Medienbereich mitgenommen hat, erreichen soll, die Förderschwelle der GAK Mittel von 2 auf 6 MBit anzuheben. Fast gleichzeitig hat aber die für die GAK-Mittel zuständige Landwirtschaftsministerin eben dies auf Bundesebene abgelehnt. – Was gilt denn jetzt? Wer hat in dieser Landesregierung zum Breitbandausbau das Sagen? – Es lebe der Zuständigkeitswirrwarr beim Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz!

Meine Damen und Herren, zur Universaldienstverpflichtung haben wir uns bereits positioniert. Dieser Punkt allein ist Grund genug, Ihren Antrag abzulehnen; denn ein Universaldienst hemmt die weitere Entwicklung. Des Weiteren kommt wie auch soeben wieder reflexartig der Ruf nach der Hilfe vom Bund, bevor die Landesregierung ihre Hausaufgaben gemacht hat.

Meine Damen und Herren, pauschale Forderungen, bevor der Bedarf definiert wurde und bevor die Höhe der Erlöse aus den Frequenzversteigerungen bekannt ist, ersetzen keine seriösen partnerschaftlichen Verhandlungen mit der Bundesebene, zumal sich das Land gegenüber den Kommunen genau gegenteilig verhält. Sollen die Zuschusskürzungen gegenüber den Kommunen von 90 auf 65 % nun zurückgenommen werden, oder bleiben sie bestehen? – Wenn der Eigenanteil bei 35 % verbleibt, bedeuten 55 Millionen Euro Fördersumme einen Eigenanteil der Kommunen in Höhe von 30 Millionen Euro – und dies bei der angespannten Haushaltslage der Städte und Gemeinden.

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, alles in allem sieht eine kraftvolle Initiative zum Breitbandausbau anders aus.